

Niederschrift

**über die 15. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses am Mittwoch, 09.03.2016 um 17:00 Uhr, im
Bürgersaal des Bürgerhauses**

Anwesend waren:

Vorsitz

Frau Anabela Barata SPD

stell. Vorsitz

Frau Claudia Schlottmann CDU ab TOP 2.1

Ratsmitglieder

Herr Manfred Böhm SPD
Herr Kevin Buchner SPD
Frau Dagmar Hebestreit SPD
Herr Jürgen Scholz SPD
Herr Christian Gartmann CDU
Herr Wolfgang Greve-Tegeler CDU
Herr Norbert Schreier CDU
Frau Bettina Thimm CDU
Frau Susanne Vogel Bündnis90/Die Grünen
Herr Rudolf Joseph FDP
Herr Ludger Reffgen BÜRGERAKTION für Markus Hanten ab
TOP 2.1
Herr Friedhelm Burchartz Allianz für Hilden für Ernst Kalversberg

Sachkundige Bürger/innen

Herr Klaus Cohausz SPD
Herr Tayfun Aytan CDU
Herr Heinz Albers Bündnis90/Die Grünen

Beratende Mitglieder

Herr Bernd Hoppe AfD bis einschl. TOP 4.3

Beiräte

Herr Hermann Nagel Behindertenbeirat nur öffentl. Teil
Herr Gerd Wimmershoff Seniorenbeirat nur öffentl. Teil

Von der Verwaltung

Frau Beig. Rita Hoff
Herr Harald Mittmann nur öffentl. Teil
Herr Peter Stuhlträger
Herr Andreas Trapp
Herr Lutz Groll
Herr Arno Hoff
Frau Birgit Kamer
Frau Sabine Waiss

Sonstige

Herr Ralf G. Kraemer Stadtmarketing Hilden e.V. nur öffentl. Teil

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO
 - 2.1 Anregung gem. § 24 GONRW; hier: Begonnene Baumaßnahmen von der Erhöhung der Anliegeranteile ausnehmen WP 14-20 SV
60/027
 - 2.2 Anregung nach § 24 GO Beibehaltung Sperrung Weststraße WP 09-14 SV
66/170/1
- 3 Angelegenheiten des Bauverwaltungs- und Bauaufsichtsamtes
 - 3.1 Sachstandsbericht Bauaufsicht (01.01.-31.12.2015) WP 14-20 SV
60/024
 - 3.2 Unterschutzstellung denkmalwürdiger Gebäude in der Stadt Hilden, Sachstandsbericht (01.01.-31.12.2015) WP 14-20 SV
60/025
- 4 Angelegenheiten des Tiefbau- und Grünflächenamtes
 - 4.1 Antrag FDP-Fraktion: Aufhebung der Sperrung der Weststraße WP 14-20 SV
66/168/2
 - 4.2 Integriertes Handlungskonzept für die Hildener Innenstadt (IHK) Teilprojekt A 4, Vorentwurf WP 14-20 SV
66/055
Neugestaltung des Bereichs „Gabelung“- Übergang in die Mittelstraße
 - 4.3 Integriertes Handlungskonzept für die Hildener Innenstadt (IHK) Teilprojekte A 1 und A 2, Vorentwurf WP 14-20 SV
66/059
A 1 Maßnahmen zur städtebaulichen Umgestaltung der Benrather Straße
A 2 Fuß- und Radwegeverbindung Bahnhof - Fußgängerzone
- 5 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 6 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
 - 6.1 Anfrage der Fraktion Bürgeraktion - Straßenbaumaßnahme Gerresheimer Straße

- 6.2 Anfrage der Fraktion Bürgeraktion - Ampelanlage im Bereich der Baustelle Reichshof
- 6.3 Anfrage der Fraktion Allianz für Hilden - Ampelanlage Pungshaus-/Grünstraße

Um 17.30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Frau Barata eröffnete die Sitzung um 17:00 Uhr. Sie begrüßte die anwesenden Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses, die Vertreter des Seniorenbeirates, des Behindertenbeirates, des Stadtmarketings und der Presse sowie die erschienenen Zuhörer. Im Anschluss stellte sie die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Ferner hielt sie fest, dass die Sitzungsunterlagen vollständig zugegangen seien

Änderungen zur Tagesordnung

Herr Schreier beantragte die Tagesordnungspunkte 2.2 und 4.1 gemeinsam zu beraten. Dem stimmten die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses zu.

Einwohnerfragestunde

Hier lagen keine Wortmeldungen vor.

1 Befangenheitserklärungen

Herr Stuhlträger erklärte, dass er für den Tagesordnungspunkt 4.2 nicht zur Beratung zur Verfügung stehe.

Mit Zustimmung der Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses unterbrach Frau Barata die Sitzung und erteilte Herrn Lampen, einem der Antragssteller, das Wort.

Herr Lampen erklärte, dass die Anlieger grundsätzlich zur Zahlung der Straßenbaubeiträge bereit seien. Auch sei ihnen bewusst, dass die Satzungsänderung rechtens sei. Unter Berücksichtigung der Dauer der Bauzeit, die sicherlich schon zu höheren Kosten führe, bat er darum, nach dem Grundsatz von Treu und Glauben auf die Erhöhung der Straßenbaubeiträge für die Baumaßnahme Baustraße zu verzichten

Aus der Diskussion bleibt festzuhalten, dass die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses -mit Ausnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen- sich dafür aussprachen, auf eine Beitragserhöhung für die Baumaßnahme Baustraße zu verzichten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wollte erst eine Entscheidung im Rahmen der weiteren Beratung der Sitzungsvorlage treffen, da bei der Gemeindefinanzierung Beitragserhöhung vor einer allgemeinen Steuererhöhung stehen.

Auf Nachfrage erklärte Herr Hoff, dass lediglich bei der Baustraße mit der Baumaßnahme begonnen worden sei. Für die Straßenbaumaßnahme Bahnhofsallee seien noch keinerlei Bürgerinformationen durchgeführt oder voraussichtliche Straßenbaubeiträge für einzelne Grundstücke benannt worden. Er schlug vor, eine dritte Nachtragssatzung zu erlassen, mit dem Inhalt, dass die Beitragserhöhung nicht für Straßenbaumaßnahmen erhoben werden, die bereits vor dem 01.01.2016 vor Ort begonnen wurden.

Der Vorschlag fand Zustimmung.

Antragstext:

Anregung gem. § 24 GO NRW lfd. Nr. 434/16

Mit Schreiben vom 22.01.2016 stellt Herr Georg Lampen und 25 weitere Personen folgende Anregung nach § 24 GO NRW:

Straßen mit bereits begonnenen Baumaßnahmen werden von der am 16.12.2015 verabschiedeten Erhöhung der Anliegeranteile ausgenommen werden.

Anregung gem. § 24 GO NRW lfd. Nr. 434/16b

Mit Schreiben vom 29.1.2016 stellte Herr Burkhard Gies und eine weitere Person folgende Anregung nach § 24 GO NRW:

Der Rat möge beschließen, dass die 2. Nachtragssatzung vom 17.12.2015 zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Hilden (Straßenbaubeitragssatzung) vom 30.06.2005 **nur auf nach dem 1.1.2016 begonnene** Baumaßnahmen anzuwenden ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

mit 2 Enthaltungen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Es erfolgte eine gemeinsame Beratung der TOP 2.2 und 4.1. Die Abstimmung über die Sitzungsvorlagen ist beim jeweiligen TOP protokolliert.

Mit Zustimmung der Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses unterbrach Frau Barata die Sitzung und erteilte Herrn Müller, einem der Antragsteller, das Wort.

Herr Müller erklärte, dass den Anwohnern der Weststraße keine Behinderungen an der Ausfahrt Liebigstraße bekannt seien. In dem Gewerbegebiet seien keine Firmen angesiedelt, bei denen mit einem hohen Fahrzeugaufkommen zu rechnen sei. Die Weststraße sei nicht geeignet, den Verkehr aus dem Gewerbegebiet aufzunehmen. Die Anwohner sprechen sich für die Beibehaltung der Sperrung aus und bitten um eine entsprechende Beschlussfassung.

Die FDP-Fraktion reichte einen Änderungsantrag zu dem ursprünglichen Antrag vom 17.12.2013 ein (TOP 4.1):

Hiermit modifizieren wir unseren ursprünglichen Antrag vom 17.12.2013 wie folgt:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Die Sperrung der Weststraße als Ausfahrtmöglichkeit von der Weststraße auf die Düsseldorfer Straße zu ermöglichen.
2. Der Status der Weststraße als Spielstraße bleibt erhalten (6 km/h). Es sollen keine straßenbaulichen Veränderungen stattfinden.
3. Für die neu freigegebene Fahrtrichtung ist eine Zufahrtsbegrenzung auf 3,5 Tonnen einzurichten.
4. Die Ausfahrtmöglichkeit von der Weststraße zur Düsseldorfer Straße wird nur als Rechtsabiegung erlaubt.
5. Sperrung der Zufahrt von der Düsseldorfer Straße in die Weststraße durch die Regelung einer Einbahnstraße.

Begründung:

An der Weststraße haben sich weitere namhafte Unternehmen angesiedelt. Hierdurch entsteht im Gewerbegebiet ein höheres Verkehrsaufkommen.

Laut Aussage der Verwaltung und der Verkehrsexperten kann die Düsseldorfer Straße in Spitzenzeiten den Verkehr nicht mehr aufnehmen. Hierdurch entstehen große Rückstaus an der Liebigstraße. Das Ein- und Ausfahren ist nur sehr mühsam mit langen Wartezeiten möglich.

So verstehen wir nicht Wirtschaftsförderung. Nach Auffassung der Hildener FDP ist es dringend notwendig eine zweite Ausfahrtmöglichkeit als Ventil zur Entlastung des gesamten Gewerbegebietes herzustellen. Das Ergebnis der Beratung des Runden Tisches zwischen den Anwohnern der Weststraße und Vertretern der Unternehmen zeigt, dass der kleinstmögliche Kompromiss ohne hohen Kostenaufwand möglich sein muss. Daher hier den modifizierten Antrag zur „Minimallösung“.

Herr Schreier erklärte, dass die CDU-Fraktion den Antrag der FDP-Fraktion ablehnen werde und sich für die Beibehaltung der Sperrung der Weststraße und damit für den Bürgerantrag ausspreche. Er bat zu prüfen, ob der 50 m lange Schutzstreifen für Radfahrer an der Liebigstraße entfallen könne, damit die Verkehrssituation auf der Liebigstraße entzerrt werde.

Die Herren Burchartz, Reffgen und Buchner stimmten Herrn Schreier zu und sahen keinen Hand-

lungsbedarf, da sich die Sperrung der Weststraße bewährt habe.

Herr Hoppe vermisste eine Aussage zur Anzahl der kinderreichen Familien, die in dem Bereich der Weststraße wohnen und erklärte, wenn ein Stimmrecht bestehen würde, würde die AfD dem Antrag der FDP-Fraktion folgen.

Frau Barata rief zur Abstimmung auf. Zunächst wurde über den Bürgerantrag zu TOP 2.2, im Anschluss über den modifizierten Antrag der FDP-Fraktion zu TOP 4.1 und zum Abschluss über den Prüfungsauftrag an die Verwaltung gem. Vorschlag von Herrn Schreier abgestimmt (s. TOP 4.4)

Antragstext (zum Antrag aus 2014):

Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen,

die Sperrung der Weststraße, wie im Beschluss vom 06.12.2006 und bestätigt durch Rechtsbeschluss des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 12.07.2007 unter dem GZ: 2007/10003/RE-sch, sowie dem im Stadtentwicklungsausschuss abgelehnten Antrag der FDP vom 20.01.2010, beizubehalten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen mit
16 Ja-Stimmen und
1 Nein-Stimme (FDP-Fraktion)

3 Angelegenheiten des Bauverwaltungs- und Bauaufsichtsamtes

3.1 Sachstandsbericht Bauaufsicht (01.01.-31.12.2015)

WP 14-20 SV
60/024

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnis genommen

3.2 Unterschutzstellung denkmalwürdiger Gebäude in der Stadt Hilden, Sachstandsbericht (01.01.-31.12.2015)

WP 14-20 SV
60/025

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussvorschlag:

Herr Mittmann erläuterte anhand einer Power Point Präsentation noch einmal das Teilprojekt A4 „Umgestaltung An der Gabelung“. Er führte aus, Ziel sei es, die Innenstadt als Wohn- und Handelsstandort zu stärken und die Attraktivität zu erhalten. Die Verbesserungen

- Steigerung der Aufenthaltsqualität rund um das Rheinbahngebäude
- Erleichterung der Querung für Fußgänger aus und in die Mittelstraße
- Verlegung des Taxistandes zur größeren Sicherheit der Fußgänger und Fahrradfahrer aus der Mittelstraße an die Kirchhofstraße

sollen diesen Zielen Rechnung tragen.

Frau Schlottmann und Herr Scholz äußerten sich kritisch zu den Sitzungsunterlagen und erklärten, der Taxistand in der Mittelstraße solle beibehalten werden, da von der Mittelstraße aus kein Einblick in der Kirchhofstraße gegeben sei und sich für Nutzer, die gehbehindert oder mit Tüten beladen seien, gegebenenfalls unnötige Wege ergeben. Notwendige Wendemanöver der Taxen behindern den Verkehrsfluss auf der Kirchhofstraße. Es solle der Anregung der Rheinbahn gefolgt werden, die Busspur auf der Kirchhofstraße zu erhalten und dem Wunsch aus der Bürgerbeteiligung gefolgt werden, die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder überdacht und überarbeitet werden. Die SPD-Fraktion legte einen entsprechenden **Änderungsantrag für den Beschlussvorschlag** vor:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt folgende Änderungen und Ergänzungsvorschläge:

1. Die Bus- und Taxispur auf der Kirchhofstraße bleibt erhalten.
2. Die Fahrradaufstellbereiche auf der Kfz-Spur der Kirchhofstraße bleiben erhalten.
3. Der Taxihalt auf der Mittelstraße bleibt für zwei Wagen erhalten und soll optisch markiert werden.
4. Die Anregungen aus der Bürgeranhörung – wie Fahrradabstellanlagen, Leitlinien für Sehbehinderte, Blinde und Rollstuhlfahrer (entspr. Leitfaden Straßen NRW) sind zu beantworten bzw. zu übernehmen.
5. Die Stellungnahme von Straßen NRW ist dem Ausschuss gegenüber zu beantworten.

Herr Scholz erklärte, dass keine neue Vorlage zu diesem Antrag erarbeitet werden solle. Es solle heute ein Beschluss gefasst werden, damit die Planung erstellt und rechtzeitig die Förderanträge gestellt werden können.

Herr Joseph äußerte sich positiv über die ausführlichen Sitzungsunterlagen und erklärte, er werde dem Entwurf, den er für sehr gelungen halte, zustimmen.

Herr Burchartz erklärte, dass er grundsätzlich den Beschlussvorschlag ablehnen würde, da die finanzielle Situation der Stadt Hilden die Umsetzung des Teilprojektes A4 nicht zulasse. Er plädiert auch dafür, die Taxen in der Mittelstraße zu erhalten.

Herr Albers bat die Verwaltung zu prüfen, ob im Zuge des Umbaus schon Vorrichtungen für mögliche Elektrotankstellen für Taxen und Fahrradfahrer berücksichtigt werden könnten.

Frau Hoff erklärte, es sei wichtig eine klare Entscheidung über die Vorentwurfsplanung zu treffen, da für alternative Planungen die Zeit nicht ausreiche. Die Förderanträge müssen Anfang Dezember gestellt werden. Der Fördergeber habe bereits den Hinweis gegeben, dass die Umsetzung schleppend verlaufe. Ein weiterer Verzug könne die Förderung gefährden, was bedeute, dass die

bisher gezahlten Zuschüsse zurückgezahlt werden müssen.

Herr Groll erläuterte ausführlich, dass es Ziel des IHK´s sei, die Barrierewirkung zu reduzieren, und es deshalb notwendig sei, die Taxen aus der Mittelstraße zu verlagern. Der Standort behindere die ca. 4500 Fahrgäste, die dort täglich die Kirchhofstraße queren, um zu den Buslinien zu wechseln. Die Nutzung der Taxen sei im Vergleich sehr gering.

Der Verzicht auf die Busspur sei nur eine unwesentliche Beeinträchtigung der Rheinbahn, da der Weg dann lediglich 30 m länger sei. Die Beibehaltung der Busschleuse führe nicht zur Verbesserung der Querung der Kirchhofstraße, die ohne Busschleuse um 3,23 m verkürzt werden könne. Auch sei zu berücksichtigen, dass die Planung St. Jakobus auf das IHK abgestimmt worden sei.

Auf den Einwurf von Herrn Burchartz, man hätte die Unterlagen zu kurzfristig sichten können, erklärte Frau Hoff, dass die Ausschusssmitglieder den Vorentwurf im August letzten Jahres zur Kenntnis erhalten haben und der Ausschuss einstimmig der Vorentwurfsplanung zugestimmt hätte.

Herr Joseph erklärte, er wolle den Änderungsanträgen der SPD nicht zustimmen. Es handle sich bei dem IHK um ein Gesamtkonzept, das zur Weiterentwicklung der Stadt notwendig sei.

Herr Reffgen zeigte sich entsetzt über den Verfahrensstand. Er sei davon ausgegangen, dass die Planung zum Teilprojekt A4 an der Gabelung unstrittig sei. Die Änderungsanträge der SPD werden hier keine Aufwertung der Aufenthaltsqualität bewirken. Er werde diese nicht befürworten.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Die Vorsitzende rief zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag auf.

Änderungsantrag:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt folgende Änderungen und Ergänzungsvorschläge:

1. Die Bus- und Taxispur auf der Kirchhofstraße bleibt erhalten.
2. Die Fahrradaufstellbereiche auf der Kfz-Spur der Kirchhofstraße bleiben erhalten.
3. Der Taxihalt auf der Mittelstraße bleibt für zwei Wagen erhalten und soll optisch markiert werden.
4. Die Anregungen aus der Bürgeranhörung – wie Fahrradabstellanlagen, Leitlinien für Sehbehinderte, Blinde und Rollstuhlfahrer (entspr. Leitfaden Straßen NRW) sind zu beantworten bzw. zu übernehmen.
5. Die Stellungnahme von Straßen NRW ist dem Ausschuss gegenüber zu beantworten.

Abstimmung:

mehrheitlich beschlossen mit

13 Ja-Stimmen

3 Nein-Stimmen (FDP-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

1 Stimmenthaltung (Fraktion Bürgeraktion)

Da der Änderungsantrag mehrheitlich beschlossen wurde, war eine Änderung des Beschlussvorschlages erforderlich. Der erste Absatz musste geändert werden.

Die Vorsitzende rief zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt der vorgelegten Vorentwurfsplanung **mit folgenden Änderungen** zu:

- 6. Die Bus- und Taxispur auf der Kirchhofstraße bleibt erhalten;**

7. Die Fahrradaufstellbereiche auf der Kfz-Spur der Kirchhofstraße bleiben erhalten;
8. Der Taxihalt auf der Mittelstraße bleibt für zwei Wagen erhalten und soll optisch markiert werden;
9. Die Anregungen aus der Bürgeranhörung – wie Fahrradabstellanlagen, Leitlinien für Sehbehinderte, Blinde und Rollstuhlfahrer (entspr. Leitfaden Straßen NRW) sind zu beantworten bzw. zu übernehmen;
10. Die Stellungnahme von Straßen NRW ist dem Ausschuss gegenüber zu beantworten;

und beauftragt die Verwaltung die Entwurfsplanung als Grundlage für den Förderantrag erstellen zu lassen.

Die noch zu erarbeitende Entwurfsplanung ist dem Stadtentwicklungsausschuss wiederum zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der entsprechende HV6-Vermerk wird insgesamt für das Teilprojekt IHK A4 aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen mit

16 Ja-Stimmen

1 Enthaltung (Fraktion Bürgeraktion)

4.3	Integriertes Handlungskonzept für die Hildener Innenstadt (IHK) Teilprojekte A 1 und A 2, Vorentwurf A 1 Maßnahmen zur städtebaulichen Umgestaltung der Benrather Straße A 2 Fuß- und Radwegeverbindung Bahnhof - Fußgängerzone	WP 14-20 SV 66/059
-----	---	-----------------------

Herr Mittmann erläuterte an einer PowerPoint Präsentation noch einmal die in der Entwurfsplanung der zur Entscheidung stehenden Varianten. Er erläuterte ausführlich die Ziele, Maßnahmen und Verkehrsbeziehungen und stellte die Änderungen der Varianten, die im August vorgestellt wurden mit den Ergänzungen dar.

Herr Scholz sprach sich dafür aus, beim Teilprojekt A2, Fuß- und Radwegeverbindung Bahnhof-Fußgängerzone, die alte Brücke zu erhalten, da auch hier ein Begegnungsverkehr möglich sei und die Kosten einer Brückenerneuerung nicht mehr im Finanzrahmen des Konzeptes lägen. Er reichte für jedes Teilprojekt einen Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag ein:

IHK Teilprojekt A 1:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt folgende Änderungen und Ergänzungsvorschläge:

1. Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt der Variante 2 (zweispurig) zu.
2. Die Bushaltestellen werden beibehalten.
3. Die Busspur vor dem Steinhäuser-Zentrum ist baulich zu optimieren.
4. Der Taxihalt bleibt wie bisher und wird nicht verlegt, dabei ist zu prüfen, ob sich anbietet den Taxihalt nur tagsüber auf die vorgeschlagene Stelle an der Klotzstraße zu verlegen.
5. Die Ampelschaltungen sind nach den Vorschlägen des Gutachters zu optimieren.

IHK Teilprojekt A 2:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt folgende Änderungen und Ergänzungsvorschläge:

1. Der bestehende Standort der Itterbrücke bleibt erhalten.
2. Die Uferseiten werden optisch und baulich erweitert.
3. Die Bäume auf dem Grünstreifen der Benrather Straße werden erhalten.
4. Auf die vorgeschlagene Busspur wird verzichtet.

Frau Schlottmann sprach sich auch für den Erhalt der alten Brücke aus, äußerte aber den Wunsch, dass man diese mit einer Beleuchtung; z.B. am Geländer ausstatten solle. Dies solle unter Punkt 5 in den Änderungsantrag der SPD aufgenommen werden. Auch sie sprach sich für die Optimierung der Ampelschaltung aus und erkundigte sich, ob der Taxistand verlegt werden müsse, wenn die Bushaltestelle verlegt werde. Ansonsten signalisierte sie Zustimmung.

Herr Burchartz erklärte, die Durchführung der Projekte werde abgelehnt, da die Haushaltslage dies nicht zulasse.

Herr Joseph sprach sich bei den Teilprojekten A2, Fuß- und Radwegeverbindung Bahnhof-Fußgängerzone und A1 Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation auf der Benrather Straße, für die Verwaltungsvorschläge aus. Eine neue Brücke sei eine Investition in Zukunft und runde die Gesamtmaßnahme ab.

Frau Vogel erkundigte sich in diesem Zusammenhang, ob es sichergestellt sei, dass der Abriss und die Erneuerung der Brücke mit 50% gefördert würden.

Frau Hoff erläuterte hierzu, dass die Wichtigkeit der Brücke noch besser dargestellt werden müsse, damit hier die Förderfähigkeit gegeben sei. Eine eindeutige Zusage liege hier noch nicht vor.

Bei dem Teilprojekt A1 sprachen sich Frau Schlottmann, Frau Vogel, Herr Joseph und Herr Reffgen für eine Verlagerung der Bushaltestellen vor dem City Center aus.

Herr Buchner sprach sich für die Beibehaltung der Standorte der Bushaltestellen aus. Eine Verlagerung bedeute einen Komfort für die Mittelstraße, sei aber für die Nutzer des ÖPNV wegen der weiteren Umsteigewege negativ. Die Wartehalle liege bei Verlegung der Bushaltestelle zu nahe an der Außengastronomie, die auch der Kontrolle und Überwachung dieses Bereiches diene.

Herr Groll erläuterte daraufhin, dass die Verlagerung der Busspur wesentliche Vorzüge für die Besucher der Mittelstraße bringe. Die wenigen Umsteiger aus Haan müssen dann den etwas längeren Weg in Kauf nehmen, was aber laut Bestätigung der Rheinbahn mit den heutigen Umsteigezeiten kein Problem darstelle. Bei der Auswahl der Buswartehalle gäbe es eine große Anzahl an Möglichkeiten. Die Verlagerung der Buswartehalle stelle für das „Coco Loco“ kein Problem dar, da die Außengastronomie sich nach dem Umbau in Richtung Stadtpark orientieren könne.

Herr Mittmann erläuterte, dass 2013 die Gesamtkostenschätzung bei 3.600.000 € lag. Trotz aller erkennbaren Einsparmöglichkeiten gebe es derzeit eine Kostenerhöhung von ca. 218.000 € für die vorgestellten Maßnahmen. Für das IHK sei insgesamt ein Kostenrahmen von 7 Mio. € und Zuschüsse von 3,5 Mio. € angesetzt worden. Da verschiedene Teilprojekte mit einem Kostenrahmen von insgesamt rd. 220.000 € nicht förderfähig seien, entfallen diese Kosten im Rahmen des IHK und seien für den Haushaltsplan 2016 nicht mehr angemeldet. Nach den Förderrichtlinien bestehe die Möglichkeit, die Fördermittel, die für einzelne Projekte nicht in Anspruch genommen werden, für andere Teilprojekte einzusetzen. Dadurch werden die Kosten im Gesamtkostenrahmen aufgefangen. Das Förderziel des IHK sei gefährdet, wenn auf weitere Maßnahmen verzichtet werde. Abschließend bat Herr Mittmann um Klarstellung zu Punkt 2 des Änderungsantrages. Solle nur die Bushaltestelle am Steinhäuserzentrum nicht verlegt werden oder auch die auf der gegenüberliegenden Seite? Wenn diese Bushaltestelle entsprechend der Vorentwurfsplanung gestaltet werde,

könne Punkt 4 des Änderungsantrages nicht voll umgesetzt werden.

Herr Scholz stellte klar, dass beide Standorte erhalten bleiben sollen.

Frau Schlottmann bat um getrennte Abstimmung für die einzelnen Punkte der Änderungsanträge.

Die Vorsitzende rief zur Abstimmung über die einzelnen Punkte des Änderungsantrages zu Projekt A 1 auf.

Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag Teilprojekt A 1:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt folgende Änderungen und Ergänzungsvorschläge:

- 1 Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt der Variante 2 (zweispurig) zu.
- 2 Die Bushaltestellen werden beibehalten.
- 3 Die Busspur vor dem Steinhäuser-Zentrum ist baulich zu optimieren.
- 4 Der Taxihalt bleibt wie bisher und wird nicht verlegt, dabei ist zu prüfen, ob sich anbietet den Taxihalt nur tagsüber auf die vorgeschlagene Stelle an der Klotzstraße zu verlegen.
- 5 Die Ampelschaltungen sind nach den Vorschlägen des Gutachters zu optimieren.

Abstimmungsergebnis:

Ziffer 1 einstimmig beschlossen mit 2 Enthaltungen (FDP-Fraktion, Fraktion Allianz für)
Ziffer 2 mehrheitlich abgelehnt mit 6 Ja-Stimmen (SPD-Fraktion) 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
durch die Ablehnung Ziffer 2 entfallen die Ziffern 3 und 4, da sie nicht mehr umsetzbar sind.
Ziffer 5 einstimmig beschlossen mit 1 Enthaltung (Fraktion Allianz für Hilden)

Im Anschluss rief die Vorsitzende zur Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag der SV zu diesem Teilprojekt auf. Der 1. Absatz wurde geändert.

Beschlussvorschlag:

IHK Teilprojekt A 1:

Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt der Variante 2 (2 Fahrstreifen je Richtungsfahrbahn), inklusive Verlagerung der Bushaltestelle vom Steinhäuser-Zentrum zum City-Center, **mit folgender Änderung** zu:

- 1 Die Ampelschaltungen sind nach den Vorschlägen des Gutachters zu optimieren;**

und beauftragt die Verwaltung die Entwurfsplanung als Grundlage für den Förderantrag erstellen zu lassen.

Die noch zu erarbeitende Entwurfsplanung ist dem Stadtentwicklungsausschuss wiederum zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der entsprechende HV6-Vermerk wird insgesamt für das Teilprojekt IHK A1 aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen mit
15 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme (Fraktion Allianz für Hilden)
1 Enthaltung (FDP-Fraktion)

Es erfolgte die Abstimmung über den Änderungsantrag zu Teilprojekt A2 mit der Ergänzung zu Ziffer 5 entsprechend dem Vorschlag von Frau Schlottmann.

Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag IHK Teilprojekt A2:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt folgende Änderungen und Ergänzungsvorschläge:

1. Der bestehende Standort der Itterbrücke bleibt erhalten.
2. Die Uferseiten werden optisch und baulich erweitert.
3. Die Bäume auf dem Grünstreifen der Benrather Straße werden erhalten.
4. Auf die vorgeschlagene Busspur wird verzichtet.
5. Eine Beleuchtung der vorhandenen Brücke ist vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen mit

13 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme (FDP-Fraktion)

3 Enthaltungen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Allianz für Hilden)

Es erfolgte abschließend die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag der SV. Der 1. Absatz wurde geändert.

Beschlussvorschlag:

IHK Teilprojekt A 2:

Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt der Variante

- a) ~~„Neue Brücke über die Itter“~~
oder ~~alternativ der Variante~~
- b) „Beibehaltung der vorh. Brücke über die Itter“

mit folgenden Änderungen zu:

- 6. Der bestehende Standort der Itterbrücke bleibt erhalten;**
- 7. Die Uferseiten werden optisch und baulich erweitert;**
- 8. Die Bäume auf dem Grünstreifen der Benrather Straße werden erhalten;**
- 9. Auf die vorgeschlagene Busspur wird verzichtet;**
- 10. Eine Beleuchtung der vorhandenen Brücke ist vorzunehmen;**

und beauftragt die Verwaltung die Entwurfsplanung als Grundlage für den Förderantrag erstellen zu lassen.

Die noch zu erarbeitende Entwurfsplanung ist dem Stadtentwicklungsausschuss wiederum zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der entsprechende HV6-Vermerk wird insgesamt für das Teilprojekt IHK A2 aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen mit

15 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme (Fraktion Allianz für Hilden)

1 Enthaltung (FDP-Fraktion)

5 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

- keine -

6 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

6.1 Anfrage der Fraktion Bürgeraktion - Straßenbaumaßnahme Gerresheimer Straße

Herr Reffgen sprach die neue Verkehrsführung vor dem Bonhoeffer-Gymnasium an. Er wollte wissen, ob die Straßenbaumaßnahme mängelfrei abgenommen wurde, da die Deckschicht bereits stark beschädigt sei.

Herr Mittmann informierte, die Straßendecke sei nicht abgenommen worden. Die Rechnung sei entsprechend gekürzt worden. Ein Gutachten sei erstellt worden, das besage, dass der Aufbau der Straße in Ordnung sei. Die Deckschicht solle nach dem bisherigen Zeitplan in den Osterferien erneuert werden. Werde der Zeitplan nicht eingehalten, können die Arbeiten erst in den Sommerferien ausgeführt werden.

6.2 Anfrage der Fraktion Bürgeraktion - Ampelanlage im Bereich der Baustelle Reichshof

Herr Reffgen führte zu der Baustellensituation ehem. Reichshof aus, dass seit drei Monaten eine Querung in Richtung Bushaltestellen erschwert werde, da aufgrund der Baustellensicherung die Taste der vorhandenen Ampelanlage zur Anforderung der Grünphase nicht zu erreichen sei. Dies sei insbesondere für gehbehinderte Menschen sehr gefährlich.

Herr Mittmann antwortete, dass das Problem nicht bekannt sei. Es handele sich nicht um eine städtische Baustelle. Die Zuständigkeit liege beim Bauherrn. Die Verwaltung werde sich des Problems annehmen.

6.3 Anfrage der Fraktion Allianz für Hilden - Ampelanlage Pungshaus-/Grünstraße

Herr Burchartz fragte nach, wann die defekte Ampel im Bereich der Pungshaus-/Grünstraße repariert werde.

Herr Mittmann sagte zu, sich der Angelegenheit anzunehmen.

Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

Anabela Barata
Vorsitzende

Birgit Kamer
Schriftführer/in

Gesehen:

Birgit Alkenings
Bürgermeisterin

Rita Hoff
Beigeordnete